

Die Sitzung des Landesvorstandes am 13.02.2026 fand als Videokonferenz statt. Die Landesvorsitzende Katharina Slanina war am selben Vormittag in der **Landespressekonferenz** zu Gast und informierte dort über linke **Erwartungen an den Koalitionsvertrag**. Sie forderte eine Konzentration auf die Alltagsprobleme der Brandenburger*innen: bezahlbares Wohnen, den Erhalt aller Krankenhausstandorte, eine Bildungsoffensive und weitere Punkte, die bereits auch Gegenstand des Landesparteitags im November und des dort beschlossenen Leitantrags waren. Zum Antritt der neuen Landesregierung wird der Landesvorstand eine Anfrage auf den Weg bringen, um zu erfahren, mit welchen konkreten Schritten die dringendsten Probleme angegangen werden sollen. Der jetzt vorliegende Referenten-Entwurf eines Gesetzes zur **Neuregelung der Kita-Finanzierung** war sowohl Gegenstand der Debatte im Landesvorstand als auch des monatlichen digitalen Montagsgesprächs. Der Gesetzentwurf führt leider nicht zur Verbesserung, sondern im Gegenteil Verschlechterungen, beispielsweise hinsichtlich der zu erbringenden Eigenmittel der Träger, aber auch der Kosten für das Mittagessen. Die Erarbeitung des Gesetzentwurfes erfolgte ohne Einbeziehung von Trägern und Eltern oder der Ergebnisse des Dialogprozesses aus 2024. Fazit: er muss zurückgezogen und der Prozess neu gestartet werden!

In der vergangenen Woche wurde auch die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum **Vermögenssteuerkonzept** der Linken vorgestellt. Die Bundestagsfraktion hat diese Zahlen auch für die einzelnen Bundesländer aufbereitet und bis auf Gemeindeebene heruntergebrochen. In Kürze werden auch landesspezifische Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen. **Für Brandenburg** sind Mehreinnahmen von **2,8 Mrd. pro Jahr** möglich.

Auf Antrag der LAG Frauen beschloss der Landesvorstand den **Beitritt des Landesverbandes zum Netzwerk „Pro Choice“**, das sich für sexuelle Selbstbestimmung einsetzt. Der diesjährige **Ostermarsch** wird am Palmsonntag, **29.3. in Ludwigsfelde** stattfinden. Der Landesvorstand verständigte sich zur gemeinsamen Durchführung mit dem Kreisverband Teltow-Fläming. Inhaltlich wird die Vergangenheit der Stadt als Rüstungsstandort in Verbindung mit Zwangsarbeit aufgegriffen und gegen mögliche künftige Ansiedlungen protestiert. Für die Kreisverbände Oberhavel und Havelland wurden Unterstützungen aus dem Frauenfonds für die Durchführung ihrer **Frauentagsaktivitäten** auf den Weg gebracht.

Gemäß der Verabredung aus der Landesvorstandssitzung vom 24. Januar hatte der Landesvorstand ein **Votum der Kreisverbände** zum **Termin des Landesparteitages** mit Neuwahl des Landesvorstandes erbeten. 11 von 17 Kreisverbänden sprachen sich dabei für die Beibehaltung des ursprünglich geplanten November-Termins aus. 6 Kreisverbände plädierten für einen Termin vor der Sommerpause. Entsprechend dieses Votums bestätigte der Landesvorstand den Termin **21./22. November** für die 1. Tagung des 10. Landesparteitages.

Bereits am kommenden Samstag, 21.02.2026 trifft sich der Landesvorstand zu einer gemeinsamen Klausur mit den Landesarbeitsgemeinschaften mit dem Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit. Bei dieser Beratung werden auch die Vertreter*innen für den neuen Landesausschuss gewählt.